

# Vorwärts

10 Pfennig

Montag

10. Mai 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Schiffstraße 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Hindenburgs Brief an Luther.

Neuer Angriff auf Schwarzrotgold. - Wankender Kanzler - schwankende Mitte.

Die Haltung der schwarzweißroten Regierung Luther-Stresemann in der Flaggenfrage entpuppt sich immer mehr als gewollte Provokation der republikanischen Parteien.

Die Regierung überfällt Reichstag und Öffentlichkeit mit einer Flaggenverordnung, die nach dem Wunsche der Deutschnationalen mit dem Abbau von Schwarzrotgold im Ausland den Anfang macht.

Ein Sturm der Entrüstung erhebt sich im republikanischen Lager. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion interpellierte und bringt ein Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler ein.

Die Regierung erklärt, es habe ihr ferngelegenes Schwarzrotgold anzugreifen, sie verhandelt mit den Regierungsparteien und kündigt ein Kompromiß an.

Das ist der Inhalt des „Kompromisses“:

Reichspräsident Hindenburg wird im Laufe des heutigen Tages einen Brief an die Reichsregierung richten und die Regierung in diesem Brief auffordern, eine verfassungsmäßige Lösung des Flaggenstreites durch Schaffung einer Einheitsflagge für das Deutsche Reich vorzubereiten. Die „Einheitsflagge“ ist als eine Vereinigung der Reichsflagge und der Handelsflagge gedacht.

Das „Kompromiß“ besteht also in nichts anderem als einem allgemeinen Angriff auf die Reichsfarben Schwarzrotgold überhaupt.

Die Regierung stellt sich harmlos und leugnet politische Absichten, hinter dieser Maske der Harmlosigkeit organisiert sie eine reaktionäre Offensive gegen das neue republikanische Deutschland und sein Symbol. Sie schafft durch eine unerhörte Provokation eine Flaggenfrage, um die so entstandene Situation zum Vorwand zu nehmen, auf Hinterwegen die schwarzweißrote Fahne einzuschmuggeln. Dahinter sollen keine politischen Absichten stehen?

Dah es auf eine Provokation der Sozialdemokratie und aller Republikaner abgesehen ist, ist klar. Daß die Sozialdemokratie aus dieser Provokation die Konsequenzen zieht und den Kampf aufnimmt, ist ebenso klar. Gegenüber einer schwarzweißroten Regierung, die das Spiel der Gegner der Republik unterstüzt, gibt es nur eine Haltung — die der unerschütterlichen Opposition.

Der parlamentarische Kampf gegen Luther wird am Dienstag und Mittwoch ausgefochten. Auf den Schultern des Zentrums und der Demokraten ruht dabei eine große Verantwortung. Es wird versichert, daß die Führer beider Parteien dem schwarzweißroten „Kompromiß“ zugestimmt hätten. Besonders die Demokraten hätten den Brief Hindenburgs zum Vorwand genommen, um von der Absicht, für das sozialdemokratische Mißtrauensvotum zu stimmen, herunterzukommen.

Hier ist der Inhalt dieses Briefes:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Die zweite Verordnung über Flaggen vom 5. Mai ist in der Öffentlichkeit erheblichen Mißverständnissen begegnet. Die außen- und wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Zeit, die einer neuen Geltung Deutschlands im Auslande den Weg ebneten und uns wieder in die Weltwirtschaft eingliederten, erfordern eine starke Mitwirkung der Deutschen im Auslande und ein freudiges Bekennen aller Auslandsdeutschen zum Deutschtum bei öffentlichen Kundgebungen. Dem stand im Auslande unter besonders schweren Begleitumständen der unselbige Flaggenzwist hindern im Wege. Diefem Uebelstande soll durch die Verordnung vom 5. Mai 1926 abgeholfen werden, und ich bin überzeugt, daß dieser Zweck mit der Verordnung auch erreicht wird.

Nichts liegt mir — wie ich Ihnen bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht habe — ferner, als die durch die Verfassung bestimmten Nationalfarben zu beseitigen. Ich bin vielmehr nach wie vor fest entschlossen, die Flaggenfrage nur auf der Grundlage der Verfassung zu behandeln. Leider hat sich aber aus den Erörterungen in Presse und Öffentlichkeit erneut ergeben, wie verhängnisvoll und gefährlich für unser Volk der schwebende Streit um die Flagge ist. Hier in absehbarer Zeit auf verfassungsmäßigem Wege einen versöhnlichen Ausgleich zu schaffen, der dem gegenwärtigen Deutschland und seinen Zielen entspricht und zugleich dem Werdenden und der Geschichte des Reiches gerecht wird, ist mein inallger Wunsch. Ich bitte Sie deshalb, Herr Reichskanzler, zur geeigneten Stunde sowohl mit den entscheidenden Faktoren im Reich als auch mit den an dieser Frage besonders interessierten Vereinigungen in Verbindung zu treten, um diesem Ziele nachdrücklich zuzustreben. Möge der Zeitpunkt nicht fern sein, wo sich das deutsche Volk wieder friedlich um ein und dasselbe Symbol seines staatlichen Daseins scharf!

Mit der Versicherung meiner hohen Wertschätzung und mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener

gez. Hindenburg.

Also, weil die Regierung Luther von der ersten zur zweiten Provokation vorwärts schreitet, wollen die Demokraten sich dem persönlichen Regiment des Herrn Luther

unterwerfen? Weil die Regierung mit den interessierten schwarzweißroten Verbänden über die Abschaffung von Schwarzrotgold verhandeln will, wollen die Demokraten in die schwarzweißrote Front einrücken?

Parlamentarisch bedeutet die Haltung von Demokraten und Zentrum, daß die Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts Luther in die Hände der Deutschnationalen gelegt wird. Eine Regierung Luther von Gnaden der Deutschnationalen ist der Anfang des Bürgerblocks unter schwarzweißroter Flagge.

Die große Verantwortung, die auf dem liegt, der eine solche Entwicklung hervorruft, wird von den Mittelparteien, wie es scheint, zu leicht genommen. Sie lassen sich durch die Redensarten von der Notwendigkeit, die grollenden Schwarzweißroten, die Anhänger des Kaiserreichs zu verfühnen, auf eine gefährliche Bahn schleifen. Sie werden vielleicht Anschluß an die Rechte damit finden — aber sie werden auf der anderen Seite alle ehrlichen Republikaner in eine erbitterte und unversöhnliche Kampf Stimmung treiben.

Es ist eine sehr gnädige Absicht der Regierung, gegenüber dem Kaiserreich und seinen Traditionen das „neue Deutschland“ berücksichtigen zu wollen. Nicht einmal das Wort „Republik“ spricht diese schwarzweißrote Regierung aus! Herr Luther will mit dem Symbol die Sache treffen: er will Schwarzrotgold abbauen, um die Republik abzubauen.

Mit dem neuen „Kompromiß“ und dem Briefe Hindenburgs ist allerdings eine neue Situation entstanden. Es geht nicht mehr um die Abwehr einer Provokation und einer Verletzung der Empfindungen aller verfassungstreuen republikanischen Staatsbürger, es geht um die Abwehr eines Versuches, auf kaltem Wege zum Abbau der demokratisch-parlamentarischen Republik, zur Restauration der Regierungsmethoden des Kaiserreichs vorwärts zu schreiten.

Es gibt dabei kein Kompromiß! Die Regierung, die von „versöhnlichem Ausgleich“ redet, drängt mit ihrer Propaganda die Republikaner, und vor allem die republikanische Arbeiterklasse, die in den schwersten Tagen der deutschen Republik die treueste Stütze des Staates gewesen ist, in eine erbitterte Opposition. Sie ist gewarnt! Die Er-

regung der republikanischen Massen sollte ihr zeigen, daß das republikanische Volk fühlt, was sich hinter dem Kampf um die Flaggensymbole verbirgt.

Demokraten und Zentrum sind ebenfalls gewarnt. Es gibt in der Frage: Republik auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage oder Rückkehr zu den Regierungsmethoden des Kaiserreichs kein Kompromiß, sondern nur den Willen zum Unbedingten. Wollen sie ins schwarzweißrote Lager gehen? Wollen sie kapitulieren vor den Kräften, die auf eine Systemkrise des Parlamentarismus drängen? Wollen sie die große Zerteilung des Volkes aus der Zeit des Kaiserreichs wiederherstellen und damit den Kampf, der die unvermeidliche Folge ist?

Sie sind auf gefährlichem Wege!

Nach Meldungen der letzten Stunde gilt im Lager der Regierungsparteien trotz aller Kompromißbemühungen der Sturm Luthers immer noch für wahrscheinlich.

### Die Haltung der Demokraten.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ teilt mit: Auf Grund eingehender Erkundigungen können wir feststellen, daß am Sonntag zweifellos eine Zustimmung der Zentrumsvertreter und der Parteiführer der Demokraten zu dem von dem Reichskanzler Luther ausgelegten Plan für die Beilegung des Flaggenstreites bestanden hat. Auf Grund der Veröffentlichungen mit ihrer scharfen Kritik haben die Demokraten ihre Zustimmung zurückgezogen.

### Disziplinarverfahren gegen Hörning!

Auch noch Hege gegen republikanische Beamte!

Der schwarzweißrote Reichskanzler Luther hat beim preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun Beschwerde gegen den Oberpräsidenten Genossen Hörning erhoben. Anlaß dazu hat ihm die Rede des Genossen Hörning bei der Protestkundgebung des Reichsbanners in Nürnberg gegen die Flaggenverordnung gegeben. Das Ziel der Beschwerde ist die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Hörning.

Das fehlt gerade noch, daß republikanische Beamte gemahregelt werden, die gegen das Ullentat auf Schwarzrotgold protestieren!

## Die internationale Solidarität.

Ostender Tagung der Transport- und Bergarbeiter.

Brüssel, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Ostende fand am Sonnabend und Sonntag die gemeinsame Sitzung der Komitees der Bergarbeiterinternationale und der Transportarbeiterinternationale statt. Die deutschen Bergarbeiter waren vertreten durch Hufmann, Berger und Limberg, die Transportarbeiter durch Jochacz. Von den Engländern waren zugegen Hodges und Richardson für die Bergarbeiter Millford und Camp für die Transportarbeiter. Cool und Herbert Smith waren im letzten Augenblick verhindert. Die englischen Delegierten kamen im Flugzeug nach Ostende. Folgende Länder waren vertreten: Belgien, England, Deutschland, Holland, Spanien, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Frankreich; entschuldigend waren Schweden, Norwegen, Rumänien und Polen. Die beiden Komitees hielten am Sonnabend getrennte Sitzungen ab und prüften lange und reichlich die Lage. In einer neuen Sitzung am Sonntag morgen wurde von den Bergarbeitern folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Das Internationale Bergarbeiterkomitee hat in seiner Sitzung in Ostende nach Entgegennahme eines Berichtes der Lage, wie sie sich aus dem Generalstreik in England ergibt, geprüft. Alle vertretenen Länder stellen fest, daß überall die notwendigen Maßnahmen getroffen sind für die genaue Einhaltung der Beschlüsse der Zusammenkunft von Brüssel vom 16. April und stellen fest, daß mit Hilfe der internationalen Transportarbeiterorganisationen jede Ausfuhr von Kohlen nach England unterbunden ist und daß in allen angeschlossenen Ländern wichtige Maßnahmen ergriffen worden sind zur Unterstützung der Streikenden in England. Das Komitee begrüßt lebhaft die englischen Kameraden für ihre Entschlossenheit und für die versöhnliche Einstellung, die sie an den Tag legen, verkündet die Solidarität mit den englischen Kameraden und erklärt sich bereit, gegebenenfalls umfangreichere Maßnahmen zu ergreifen, in enger Zusammenarbeit mit den Delegierten der Streikenden. Das Komitee gibt erneut der Aeberezeugung Ausdruck, daß es im Bergbau keinen dauerhaften Frieden geben wird ohne eine Zusammenarbeit zur internationalen Kontrolle im Bergbau.

Die internationale Transportarbeiterkonferenz hat beschlossen, ihre Entschließung, jeden Kohlentrans-

port von einem europäischen Hafen nach England zu unterbinden, aufrecht zu erhalten. Sie hat auch die Möglichkeit geprüft, den englischen Schiffen keine Kohle mehr zu liefern und die Lebensmitteltransporte zu verhindern, sowie die Anwerbung von Matrosen auf englische Schiffe zu bekämpfen. Selbstverständlich sollen diese drei Maßnahmen in jedem Lande nur getroffen werden in voller Aebereinstimmung mit der Gewerkschaftskommission und der entsprechenden Arbeiterpartei.

In einer darauffolgenden gemeinsamen Sitzung der beiden Internationalen der Bergarbeiter und Transportarbeiter unter dem Vorsitz von Brown wurde ein Bericht entgegengenommen über die getroffenen Maßnahmen, um den englischen Kameraden in ihrem gewaltigen gegenwärtigen Kampfe zu helfen und die vollkommene Aebereinstimmung der beiden Organisationen der Bergarbeiter und Transportarbeiter in der Idee und der Aktion festzustellen und darüber im allgemeinen Interesse der Freunde Ausdruck geben. Mit Nachdruck wird den Arbeitern die Beobachtung der Beschlüsse empfohlen und die englischen Streikenden der Solidarität versichert und sie beglückwünscht für die Energie, die sie bewiesen haben in dem richtigsten sozialen Kampfe, der sich dieser Tage abspielt. Der Sitzung wohnten Timmen und Dudgeest bei.

### Baldwins Rundfunkrede.

Eine sofort entwertete Zusage.

V. Sch. London, 9. Mai. (Durch Telephon.)

Ministerpräsident Stanley Baldwin hat in einer Rundfunkrede u. a. gesagt:

Der Generalstreik wurde wahrscheinlich unternommen, um das Parlament und die Öffentlichkeit zu zwingen, sich dem Willen des Generalrates zu beugen. Der Generalrat der Gewerkschaften hat erklärt, der Generalstreik sei lediglich eine industrielle Auseinandersetzung. Diese Methode aber, die Bergarbeiter zu unterstützen, bedeutet einen Angriff auf die Allgemeinheit. Die Regierung kämpfte nicht für eine Herabsetzung des Lebensstandards der Bergarbeiter oder anderer Arbeiter. Bevor die Regierung Verhandlungen eröffnen kann, muß der Generalstreik aufgehoben werden. Dann

an die Kohlenfrage geregelt werden. Das ist das faire Vorgehen. Tausendmal besser ist es, so zu verfahren, als einen Kampf fortzusetzen, der nur das Elend und Unglück vermehren wird. Ich bin ein Mann des Friedens, ich sehe mich nach Frieden, ich arbeite für den Frieden, ich bete für den Frieden. Aber ich werde die Ruhe und Sicherheit der britischen Verfassung nicht den Drohungen der Gewalt ausliefern.

Diese Rede bedeutet immerhin einen, allerdings nur sehr kleinen Schritt zur Besserung, die nur zur Verständigung raten kann. Immerhin unterscheidet sich die Rede des Ministerpräsidenten, deren Hörer zum großen Teil aktive Mitkämpfer des Generalstreiks sind, im Wesen von den Hejereien der „Daily Mail“ und der sonstigen großbürgerlichen Organe und von den Provokationen, die sich der Innenminister Johnson Hicks bei jeder Gelegenheit leistet, womit er allerdings seine Einschätzung durch die Arbeiterpartei gleich bei seinem Amtsantritt nur als richtig bestätigt.

Die Rede Baldwins enthält als Erfolg des Arbeiterkampfes die moralische Verpflichtung der Regierung, sich dafür einzusetzen, daß eine Senkung des Lebensniveaus der Arbeiter nicht eintritt. Aber diese Zusage wird leider nur ganz allgemein gemacht, während Baldwin dagegen wiederholt, daß die Voraussetzung aller Verhandlungen die bedingungslose und vollständige Wiederaufnahme der Arbeit sei.

Die Wiederholung dieser schroffen, für die Gewerkschaften unannehmbaren Forderung entwertet den positiven Teil der Kundgebung Baldwins ganz. Der „British Worker“, dessen dritte Nummer heute, Sonntag abends erschienen ist, bringt die offizielle Erwiderung des Generalrats der Gewerkschaften auf diese Kundgebung des Kabinettschefs. Darin werden zunächst noch einmal die Beweise der Gewerkschaften zur „Kriegsschuldfrage“ und für den unpolitischen Charakter des Großstreiks wiederholt, wie denn beide Parteien in unablässiger Wiederholung ihre Argumente ins Volk hineinhämmern. Die Antwort der Gewerkschaften sagt weiter, wenn Baldwin den Wunsch habe, wie er behauptet, seine Sorge für das Allgemeinwohl zu beweisen, dann müßte er, statt dem Krieg bis zum Ende das Wort zu reden, sich bestreben, Gerechtigkeit für alle zu üben, und das tue er mit seiner einseitigen Stellungnahme nicht!

Das Einzige, wofür die Gewerkschaften kämpfen, sei, die Lebenshaltung der Bergarbeiter zu schützen. Der Generalrat sei bereit, jeden Augenblick die Verhandlungen bei dem Punkte, wo sie von der Regierung abgebrochen wurden, wieder aufzunehmen.

Diese Antwort ist heute vom Generalrat der Gewerkschaften gemeinsam mit der Leitung der politischen Arbeiterpartei und ihrer Parlamentsfraktion beschlossen worden; auch Ramsay MacDonald hat daran teilgenommen.

Immerhin: wenn man den Ton der Rede Baldwins und dieser Antwort der Gewerkschaften mit dem Ton der Kundgebungen aus den ersten Tagen vergleicht, so ist doch ein kleiner Fortschritt festzustellen, der die Möglichkeit einer baldigen Beilegung etwas näher rückt. Freilich, die Regierung hat sich viel zu sehr auf die Formel „bedingungslose Zurücknahme des Streikbefehls“ festgelegt, und darum ist zu befürchten, daß eine Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit von einem großen Teil der Streikenden jetzt nicht verstanden und ihre Befolgung verweigert werden würde. In der Arbeiterschaft herrscht ausgesprochene Kampfsimmung, und es ist sehr unklug und unvorsichtig von der Regierung, den Tendenzmeldungen von Kampfmüdigkeit und zunehmender Geneigtheit der Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit Glauben zu schenken; die Regierung aber läßt diese unseligen Falschmeldungen auch noch durch ihr Blatt und durch den Rundfunk verbreiten. Die sprichwörtliche Hartnäckigkeit und Zähigkeit der Engländer

ist für das Proletariat noch viel mehr als für das Bürgerium.

Für Montag ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Streikparole auf die Beleuchtungs- werke ausgedehnt wird. Obwohl die Regierung für diesen Fall ein Riesenaufgebot von Technischer Ratshilfe, Heeres- und Marinefachleuten usw. vorbereitet hat, würde der Lichtstreik doch eine sehr ernste Verschärfung der Lage bedeuten — sowohl wirtschaftlich und sozial (wegen der Erbitterung der Streikenden gegen ihren militärischen Einsatz), als auch wegen der dann höheren Gefahr der Ausnutzung der Finsternis durch Gefindeln zu Plünderungen usw. Das ist wohl auch der Grund, warum diese Ausdehnung des Streiks bisher unterblieben ist.

Der Sonntag selbst ist nicht anders verlaufen als die vorhergegangenen Streiktage. London macht — bis auf die selbhmäßig ausgerüsteten Soldaten auf Posten und als Begleiter von Autobussen usw. — einen durchaus friedlichen, aber sehr ersten Eindruck. Von der berühmten englischen Fröhlichkeit merkt man jetzt nichts. Öffentliche Verkehrsmittel gibt es nicht, mit Ausnahme einiger wenig bedeutenden Autobus- und Untergrundbahnlinien.

Am „British Worker“ schildert ein Berichterstatter seine dreitägige Reise durch England und Schottland. Es ergibt sich daraus, daß der Stillstand von Industrie und Verkehr in der Provinz womöglich noch größer ist als in London. Die örtlichen Streikkomitees sorgen für Beschäftigung der nicht auf Streikposten und sonst im Streikdienst stehenden Arbeiter, so durch rasch organisierte Fußballspiele. Auch verbringen sehr viele Streikenden einen großen Teil der Zeit in der Kirche. Es ist ja bekannt, daß die englischen Arbeiter, ja selbst ihre Klassenbewegung, zum großen Teil tiefreligiös sind. Daher auch das starke Interesse der Geistlichkeit an einer Beilegung des Streiks.

Der Generalrat entsandte zum Sonntag eine Reihe führender Politiker und Abgeordneter der Arbeiterpartei mittels der ihm zur Verfügung stehenden Autos nach allen Teilen Englands, um die Streikenden überall zu unterrichten; sie alle mahnten eindringlich zur Ruhe, Ordnung und Disziplin. In Wimbledon fand ein Fußballwettkampf zwischen streikenden Eisenbahnern und Polizisten statt. Auf Anregung des Generalrats tragen die Streikenden im ganzen Lande ihre Kriegsdemonstrationen, um der Agitation mit der „unpatriotischen“ Einstellung der Streikenden entgegenzuwirken.

Neben den Bischöfen bemühen sich auch die Universitätsprofessoren von Cambridge darum, daß Verhandlungen aufgenommen werden. Die Regierung demontiert jedoch all die vielen Gerüchte, die behaupten, daß schon ein Anfang dazu gemacht sei.

Dem liberalen Abgeordneten Sir John Simon ist es vorbehalten geblieben, zu entdecken, daß der Großstreik ein — Vertragsbruch sei, dessen Veranlasser für den Schaden haftbar seien! Die Scharmacher haben nicht verfehlt, diesen liberalen Liebesdienst kräftig auszunutzen. Nun berichtet aber auch das Regierungsblatt „British Gazette“, daß die Regierung bezüglich der Frage der Ungesetzlichkeit des Generalstreiks und der Haftbarkeit seiner Veranlasser, auf die Sir John Simon in einer Unterhausrede hinwies, eine Aktion erwäge!

### Die Kiegführung der Regierung.

London, 10. Mai. (WTA.) In Preston mußte die Polizei gestern viermal mit Knüppeln gegen eine vieltausendköpfige Menge vorgehen, die versuchte, die Polizeistation zu stürmen, um einen Verhafteten zu befreien. Verschiedene Polizisten wurden durch Steine und Ziegel getroffen. Sechs Personen wurden verhaftet. Auch in Hull fanden neue Ausschreitungen und Plünderungen statt, die bis in den frühen Morgen fortbauerten. 40 Personen wurden verletzt, darunter zwei Polizisten. In Newcastle mußte die Polizei gestern

abend zwei Knüppelattacken auf die zehntausendköpfige Menschenmenge machen. Im Bergwerkgebiet wurden mehrere weitere Attentate gegen Eisenbahnen unternommen. Sechs Meilen nördlich Newcastle wurde der größte Teil der Fensterscheiben eines Zuges eingeworfen. Verschiedene Passagiere erlitten Verletzungen. Ein Signalthauschen wurde in Brand gesetzt. In der Gegend Durham wurde Explosionsmaterial, das auf die Schienen gelegt worden war, durch eine Lokomotive zur Explosion gebracht. Schaden wurde nicht angerichtet.

London, 10. Mai. (WTA.) Der amtlichen Gewerkschaftszeitung „The British Worker“ zufolge ist dem Generalrat mitgeteilt worden, daß eine militärische Postenkette um das Gebiet des Londoner Docks herum gezogen worden ist. Der Generalrat fordert die Arbeiter auf, sich von diesem Gebiet fernzuhalten und so jede Möglichkeit eines Konflikts mit den Militärbehörden zu vermeiden.

„The British Worker“ berichtet, daß die Regierung ihre Lebensmitteltransporte von den Docks nach dem Hydepark von Panzerwagen, Kavallerie und berittener Polizei begleiten läßt. Das Blatt wirft der Regierung vor, dem Publikum Furcht einzujagen zu wollen, indem sie es in den Glauben versetzt, daß der Streik gewalttätige revolutionäre Ziele habe.

### Appell an die Arbeitenden Englands.

#### 5 Proz. vom Lohn für den Streikfonds.

London, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalrat der Gewerkschaften fordert alle Arbeiter Großbritanniens, soweit sie sich noch in Arbeit befinden, auf, 5 Prozent ihres Lohnes dem Streikfonds zur Verfügung zu stellen.

### Potemkin und Kapp.

#### Der Kampf um einen Film.

Johannes W. Harnisch, einst Presschef der Kapp-Regierung, jetzt Redakteur bei Hugenberg, schreibt im „Montag“ einen Artikel gegen den Film „Potemkin“. Er fürchtet von der Weiterführung schwerer Gefahr für die republikanische Staatsordnung und fordert ein Verbot.

Daß ein solcher Film aufgeführt werden kann, ist freilich schlimm. Hätten wir die Kapp-Regierung behalten, wäre so etwas nicht passiert.

Denn dieser Film hat eine sehr gefährliche Tendenz. Er zeigt, daß sich Menschen nicht alles gefallen lassen. Johannes W. Harnisch nennt diese Tendenz „kommunistisch“.

Wäre sie es wirklich, so könnte man sich mit dem Kommunismus ausöhnen, und Schiller — „eine Grenze hat Tyrannenmacht“ — wäre dann auch ein Kommunist gewesen.

Was wir aber den Kommunisten vormerken, ist ja gerade, daß sie an die Grenze der Tyrannenmacht nicht glauben, sondern mit einem gehörigen Druck von oben alles regulieren möchten. Und darum meinen wir, daß der Film „Potemkin“ geeignet ist, Erziehungsarbeit an alle Regierenden zu leisten, besonders auch an denen in Russland.

Uebrigens sind Filme, die uns erteilte Geschichte wieder vor Augen führen, wertvoll. Wir müßten davon mehr haben. Wer schenkt uns z. B. einen Film des Kapp-Putsch? Es wird interessant sein, Johannes W. Harnisch als Beglückter des deutschen Volkes an der Arbeit zu sehen. Vielleicht stellt er sich selber als Darsteller für diesen Film zur Verfügung.

Man wird dann wenigstens genau wissen, wie die Leute aussehen, die den „Potemkin“ verboten haben wollen!

Die polnische Dauerkriege wollte Staatspräsident Wojciechowski dadurch lösen, daß er den — von der Linken als Verberber Polens betrachteten Bl. Grabsti — mit der Bildung eines Beamtenkabinetts betraute. Gegen Grabsti hat aber Marschall Pilsudski Einspruch erhoben — im Namen der Armee, obwohl er nicht aktiv ist! Damit war dieser Plan erledigt und jetzt stellt Witos eine Rechsregierung zusammen.

## Tandaradei-Dramatik.

Joseph Freiherr v. Eichendorff hat viele schöne Lieder gedichtet, z. B. „Es war, als hätt' der Himmel“ und „In einem kühlen Grunde“. Leider aber hat er auch „Wer hat dich du schöner Wald“ und das romantische Verlustspiel „Die Freier“ geschrieben. Das Lustspielchen ist ein lyrischer Sang, dessen Handlung an Shakespeares Lustspiele von der Art des „Sommernachtsstraums“ oder „Was ihr wollt“ erinnert. Nur besteht ein kleiner Unterschied zwischen Shakespeare und dem Freiherrn v. Eichendorff. Im „Sommernachtsstraum“ leben und weben Lyrik und troche Dramatik, in den „Freiern“ küßt sich beschaulich und erquicklich lyrische Stimmung. Aber die Dramatik fehlt. In der Bearbeitung von Otto Hoff, die am Sonnabend im Theater am Schiffbauerdamm aufgeführt wurde, ist der lyrische Stimmungsgehalt teilweise erhalten geblieben. Die Dramatik hat Hoff dadurch zu beleben versucht, daß er die Handlung vereinfacht und ins Possenhafte hinüberschiebt. Die Handlung ist die harmloseste von der Welt und erfordert einen starken Kinderglauben, wenn sie auf uns heutige wirken soll. Der Graf und die Gräfin wollen in Liebe zueinander und tun es nicht. Da müssen scheinische Verwickelungen — und drastische Rüpelzenen herhalten, bis sie sich kriegen. Der Graf nähert sich ihr als fahrender Musikant und die Gräfin spielt ihre eigene Kammerzofe, und die mangelnde Eberbürtigkeit — dieser für uns heute ganz wertlose Begriff — ergibt den tragischen Konflikt. Es schälmeit und tandaradei voller Schalkhaftigkeit drei Stunden lang in den „Freiern“. Und das süßliche Klingeln der Worte, unterbrochen durch alberne Possische Wortwige, legt sich uns allmählich besenkend aufs Gemüt.

Das an sich schon neckische Spielchen drachte der Bearbeiter, der selbst den Regisseur machte, in kindlich schelmischer Manier heraus. Die Schauspieler wandten sich, wie in einer Kinderdarstellung, stets ans Publikum, damit ja keine von den neckischen Fäden verloren gehe. Besonders Paul Henckels als spitztriger, verletzter Hofrat, und Magda Simon taten sich in dieser Beziehung hervor. Hermine Stierker, eine berückend schöne Frau zwar, blieb als Gräfin kühl bis ans Herz hinan und schaffte sich keinen Kontakt mit dem Publikum, obwohl die ganze Vorstellung darauf eingestellt war. Gullis v. Kappard spielte nicht einen lyrisch besaiteten, hoffnungslos verliebten Grafen, sondern war ein unheimlicher Dämonling mit unsäglichem Blick und beständig vorgegedrücktem Bauch. Das einzige, was den Abend erträglich machte, war der überladene schreie Komödiant des Herrn Friederich Wäldner. Seine Rolle ist die neckischste des ganzen Lustspiels, und doch legte Wäldner etwas genialisch Verstümmeltes, verkommenes Beträumtes hinein. Er war ein romantisch dramatischerer Pörsler von unannahmlicher Grandezza, in der stets ein köstlicher Ton von Behmut aufklang.

Ernst Degener.

### Hatte Miete recht!

Wir erinnern uns noch alle des Aufsehens, das vor einiger Zeit die Mietheisen Versuche erregten, aus Quecksilber Gold herzustellen. Zahlreiche Forscher beteiligten sich an der Erörterung darüber, ob hier der alte Alchimistentraum in Erfüllung gegangen sei. Das Ergebnis sprach schließlich gegen Miethe; denn Haber, einer der berühmtesten der lebenden Chemiker, konnte bei einer äußerst sorgfältigen Wiederholung der Versuche kein Gold erhalten, so daß die Annahme wahrscheinlich wurde, daß Miethe keine absolut goldreichen Ausgangsstoffe benutzt habe. Vor allem war es der Quarz der von Miethe benutzten Quecksilberdampfampe, der in den Verdacht geriet, winzige Menge an Gold enthalten und im Laufe der Versuche von sich gegeben zu haben.

Die Frage, die durch Haber erledigt zu sein schien, lebt heute mit einem Male wieder auf. Ein früherer Mitarbeiter Miethes hat nämlich den umgekehrten Versuch gemacht, aus Gold Quecksilber herzustellen. Das tat er, indem er den Bestandteil, der bei den Mietheisen Versuchen vom Quecksilberatom abgetrennt wurde, nämlich einen Wasserstoffatomkern, zu Gold hinzufügte. Die moderne Atomlehre hat uns gezeigt, daß die Atome aller Körper in gleicher Weise aufgebaut sind, und daß der Kern des Atoms vor allem sich hauptsächlich aus Kernen von Wasserstoffatomen zusammensetzt. Nach der Theorie müßte der Quecksilberkern einen Wasserstoffkern mehr enthalten als der Goldkern; gelang es daher, dem Gold einen Wasserstoffkern hinzuzufügen, so müßte Quecksilber entstehen. Dazu diente eine Art geistreiches Rohr, das ein Goldblech enthielt und mit Wasserstoff gefüllt worden war. Nachdem dieser sowohl wie möglich weggepumpt worden war, wurde hochgespannte Elektrizität an die Pole gelegt und dadurch die wenigen, noch im Rohre verbliebenen Wasserstoffatome mit großer Geschwindigkeit gegen das Goldblech geschossen. Nachdem das 3 Stunden lang fortgesetzt worden war, konnten in der Tat unter dem Spektroskop die charakteristischen Linien des Quecksilbers nachgewiesen werden, von denen vorher keine Spur zu sehen war.

Damit ist der Versuch als gelungen zu betrachten und es wäre der Beweis erbracht, daß Miethe doch recht gehabt hat. Freilich muß man noch das Ergebnis der wissenschaftlichen Debatten abwarten, die sich zweifellos auch an diese Mitteilung anschließen werden.

Dr. H.

Das Rätsel der Eisheiligen. Die in fast jedem Jahre in der Zeit vom 11. bis 13. Mai (oder früher) regelmäßig wiederkehrende Erscheinung der sogenannten Eisheiligen oder drei gestirnten Herren ist trotz aller Forschungen bisher ein ungeklärtes Rätsel geblieben. In manchen Jahren ist der Rätselrucksack so hart, daß die Frühjahrszeit erfüllt. Besonders in den nordischen Gegenden läßt sich ein starker Rückfall feststellen. In anderen Jahren hingegen treten die Eisheiligen nur ganz schwach auf, wie beispielsweise im Jahre 1924.

Drei Erklärungen von Bedeutung gibt es für diese Naturerscheinung. Die erste verweist darauf, daß bei eintretender Frühjahrswitterung ungeheure Eismassen des Arktischen Ozeans und der Nordsee nach Süden treiben. Je näher diese Eismassen dem Süden zureisen, desto stärker schmelzen sie ab. Man nimmt nun an, daß die

starke Abschmelzung der Eismassen zu einer Abkühlung führt und dadurch der Rätselrucksack eintritt.

Nach der zweiten Erklärung soll die gerade erwachte Vegetation mit ihrer Verdunstungskälte die Ursache der Eisheiligen sein. Der Naturforscher Rey nimmt auf Grund der Durchschnittsergebnisse, welche die forstlichen Versuchsanstalten des Wassererwerbs erhalten haben, an, daß ein Hektar deutscher Weiden täglich 52 100 Liter verdunstet, ein Hektar Roggenfeld 22 600 Liter, ein Hektar Tannenwald 8000 Liter. In der Zeit vom 24. April bis zum 13. Mai, wo die Vegetation zu erwachen beginnt, verdoppelt sich der Verbrauch, und aus dieser Erscheinung sollen sich die gestirnten Herren erklären. Aber die Regelmäßigkeit des Auftretens der Eisheiligen legt eine Regelmäßigkeit des Vegetationsbeginns voraus, der in Wirklichkeit nicht an einen Tag gebunden sein kann. Die dritte Erklärung endlich nimmt an, daß die von den Polarströmungen ausgehende Hochdruckbewegung die Kälte auf den Kontinent trägt. Wenn der Hochdruck über den britischen Inseln oder dem Ozean liegt, stellt sich eine nordwestliche, vom Ozean gegen das Land gerichtete Luftbewegung ein, die Kälte herinbringt und Rätselrucksack und Spärröste bewirkt. Daß aber diese Erscheinung sowohl bei Westwinden mit niedrigen, wie bei Ostwinden mit hohem Barometerstand eintritt, spricht nicht für den Zusammenhang mit der Luftzirkulation. Das Rätsel der Eisheiligen wird also noch weiter seiner Lösung harren.

Eine Ausstellung „Die Hochschule“. Die Stadt Bonn plant für 1928 im Einvernehmen mit den Hochschulen, dem preussischen Kultusministerium und dem Reichsministerium des Auswärtigen eine große internationale Ausstellung „Die Hochschule“, die einen geschlossenen Ueberblick über das gesamte geistige Schaffen, die Entdeckungen und Erregungen der Universitäten sowie über ihre Beziehungen zum geistigen und kulturellen Leben der Völker geben soll. Die Ausstellung soll auch ein Versuch sein, die internationalen Beziehungen zwischen Wissenschaft und Hochschulen, die durch den Krieg zerrissen sind, wieder neu zu knüpfen.

Die Presse in den Sowjetländern. Laut Angaben der Presseabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei betrug die Zahl der in den Ländern des Sowjetbundes erscheinenden Zeitungen am 1. Februar d. J. 599 mit einer Gesamtauflage von 8 300 000 Exemplaren. In der Ukraine erscheinen 83 Zeitungen. Die für die Bauernschaft bestimmten Blätter werden in ukrainischer Sprache herausgegeben. In den Sprachen der in der Ukraine lebenden nationalen Minderheiten erscheinen zehn Zeitungen bzw. Zeitschriften.

Die Hof des Kunsthandwerks. Die beteiligten Handwerker haben zu einer Kundgebung und Kundgebung ein, die am 12. abends 7 Uhr, im Plenarsaal des Herrenchauzes stattfand.

Eine Gesellschaft für das Sibirische Theater wurde in München gegründet. Die Hauptversammlung 1927 soll in Salzburg stattfinden. Ortsgruppen sind bereits in Budapest, Wien, Graz, Klagenfurt und Salzburg gegründet worden.

Ein Heddel-Museum in Kiel. Unter Befehlzung der Behörden, der zur Hauptversammlung hier weilenden Bühnenvereinsmitglieder und von Nachkommen des Dichters wurde in Kiel im Gebäude des Theaterensembles ein Heddel-Museum eröffnet.



